Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 1. Session.

3. Sitzung vom 26. Nov.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst Bismarck, v. Boetticher, v. Schelling, v. Nostitz-Wallwitz u. a.

Präsident v. Wedell eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem auf die Neubildung der Reichstagsbau-Kommission Bezug genommen wird.

Unter den bewilligten Urlaubsgesuchen befindet sich auch das des Abg. Dr. Windthorst.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des von den Abgg. Kayser u. Gen. eingebrachten Antrages „wegen Sistirung eines beim Reichstagsgericht gegen den Abg. Heine schwebenden Strafverfahrens.

Abg. Kayser befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweise auf die bisherige Praxis.

Minister v. Boetticher: Ich will nicht gegen den vorliegenden Antrag sprechen, nur im Interesse der Geschäfte des Hauses befürworten, daß der Antrag erweitert werde. Es schwebt nämlich noch ein weiteres Verfahren gegen den Abg. Heine beim Landgericht in Halberstadt. Ich möchte bitten, auch für dieses Verfahren einen Sistirungsantrag zu stellen. (Heiterkeit.)

Abg. Kayser: Ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Vorredners an und ergänze in diesem Sinne meinen Antrag. (Heiterkeit.)

Nach Annahme des so modifizirten Antrags folgt die erste Berathung des Antrags Ausfeld u. Gen. auf Bewilligung von Diäten für die Reichstags-Abgeordneten.

Abg. Freih. v. Stauffenberg: Bei Berathung dieses Antrages möchte ich bitten, nicht auf das Ausland zu exemplifiziren, sondern der Verhältnisse in allen deutschen Einzelländern, mit Ausnahme Mecklenburgs zu gedenken, überall erhalten die Abgeordneten Diäten. Die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten schafft ein Novum und bringt eine Inkongruenz in das allgemeine Wahlrecht, da es viele Leute vom passiven Wahlrecht ausschließt. Man hat früher geglaubt, die Diätenlosigkeit würde die Sozialdemokratie vom Reichstage ausschließen, denen durch das allgemeine Wahlrecht Thür und Thor geöffnet sei. Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben die Unrichtigkeit dieser Annahme gezeigt, kein sozialdemokratischer Kandidat wird von der Diätenlosigkeit zurückgeschreckt. Das hauptsächlichste Interesse an der Diätenverleihung haben die mittleren Stände, seine Mitglieder können am wenigsten, besonders in Süddeutschland, ohne Entschädigung ein Mandat annehmen. Viele Vertreter haben nach langjähriger parlamentarischer Thätigkeit auf ihr Mandat aus finanziellen Rücksichten verzichten müssen — muß aber durch dieses Resigniren erprobter Parlamentarier die Stetigkeit der Arbeiten nicht leiden? Wenn Sie die Zusammensetzung der Reichstage erwägen, so müssen Sie erkennen, daß die Interessen der einzelnen Stände keine genügende Vertretung finden. Bedenken Sie, daß in diesem Reichstage nicht weniger als 130 Großgrundbesitzer sitzen (hört, hört!), das ist doch ein Uebelstand, der nur der Diätenlosigkeit entspringt. Am meisten wird jetzt am bäuerlichen Stande herumgedoktert — wie viel bäuerliche Vertreter sind aber hier? Oder ist etwa der Kaufmannsstand, der Handwerkerstand genügend vertreten? Doch keineswegs! — Wie stellen sich denn nun die Lasten, die den Abgeordneten erwachsen? Eine Untersuchung über die Dauer der Legislaturperioden erweist, wie unrichtig der Einwurf ist, daß diätenlose Körperschaften kurze Sitzungsperioden haben. Es zeigt sich, daß der Reichstagsabgeordnete durchschnittlich 130 Tage, also ein Drittel des Jahres hier zubringt. Das ist doch aber eine Last, die jedem nicht sehr Vermögenden äußerst drückend sein muß. — Das Prinzip der Frage selbst ist ja bereits zweimal durchgesprochen worden, das Prinzip der Diätenlosigkeit aber ist ja bereits durch die Einführung der Fahrkarten durchbrochen worden. Diese Fahrkarten-Angelegenheit hat man aber zu einer bloßen Etatsposition gemacht — es zeigt sich jetzt, wie mißlich es ist, derartige Fragen nur im Etat, nicht aber durch ein bestimmtes Gesetz zu regeln. Jedesmal aber ist bei Bewilligung dieser Position davon ausgegangen worden, daß eine Beschränkung der Kartenbenutzung nicht vorliegt. Hätte man früher oder jetzt uns sachliche Gründe für eine solche Beschränkung geltend gemacht, so hätten wir dagegen nichts einzuwenden. Diese Position aber einfach zu streichen, bedeutet eine Maßregel, die in großer Hast über den Kopf des Reichstags hinweg inceniert wird. (Beifall links.) Ich bin mit fünf Kollegen hierher gekommen, einige derselben hatten gar keine Karten, andere Zwangsrouten. Ein anderer Kollege, der durch einen Todesfall nach Hause gerufen wird, muß die Reise nach Hause und zum Reichstage zurück auf eigene Kosten antreten. Die gegenwärtige Handhabung führt zahlreiche Ungleichheiten mit sich, doch ich will auf diese kleinlichen Dinge nicht eingehen. (Fürst Bismarck tritt in den Saal. Dieses Vorgehen ist ein Schritt auf dem Wege, das Ansehen des Reichstags zu schmälern. (Beifall links.) Ein gefährlicher Weg! Das Ansehen des Reichstags beruht aber auch auf dem Ansehen des Reichs. Je mehr Sie dieses Ansehen schwächen, desto größern Spielraum geben Sie feindlichen Mächten. Und so bitte ich Sie aus allen diesen Gründen unserm Antrage zuzustimmen. (Beifall links.)

Abg. v. Stolberg-Wernigerode: Es ist mir unverständlich, welche Gründe die Fortschrittspartei nach langjähriger Pause zu diesem Antrage bewogen haben, heute nach einer Niederlage, während die Partei vor drei Jahren nach ihrem Siege auf diesen Antrag verzichtet hat. Von der Beschränkung der Fahrkarten bin auch ich persönlich nicht erfreut, (hört! hört! links.) Herr von Stauffenberg nimmt die Sache aber doch zu tragisch; dem Volke wird es ganz gleichgiltig sein, was für Freikarten wir haben. Einen Rechtsanspruch auf diese Karten haben wir meines Erachtens nicht. Die Freikarten-Einrichtung fußt auf der Initiative des Abg. Dr. Windthorst im Jahre 1873, bezweckt aber nur einen Ausgleich für die nicht in Berlin wohnenden Abgeordneten. Abg. Sonnemann bezweifelte sogar die verfassungsmäßige Berechtigung solcher Freikarten, Abg. Lasker erblickte darin eine Nehnlichkeit zwischen den Abgeordneten und den Eisenbahnverwaltungsräthen. Wir stehen vor einem Defizit und da soll der Reichstag seine Thätigkeit damit beginnen, den Etat zu belasten um einer Sache willen, für die kein öffentliches Interesse vorliegt. Der Herr Reichskanzler hat die Diätenlosigkeit als nothwendiges Korrelat des das demokratische allgemeine Wahlrecht erklärt. Auf diesem Standpunkte stehen wir auch heute. Auch bin ich nicht der Ansicht, daß der Wechsel der Mandate schädlich ist. Es muß wechseln, neues Blut muß zugeführt werden. Ich habe hier das „NBG der freisinnigen Partei" vor mir und ersehe daraus, daß diese Partei selbst einen Diätenfonds für sich besitzt. Wir werden gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: In früheren Berathungen hat die nationalliberale Partei zum Theil für, zum Theil gegen die Diäten gestimmt. In der langen Reihe von Jahren sind wohl alle Gründe pro und contra erschöpft. Auch heute steht meine Partei zu dieser Frage nicht geschlossen, aber auch diejenigen Mitglieder, die für Diäten sind, können den vorliegenden Antrag in diesem Momente nicht als erwünscht bezeichnen. Erst bei der Etatsberathung wird ein abschließendes Urtheil sich ermöglichen.

Abg. Auer (Sozialdemokrat): Für die sozialdemokratische Partei ist die Frage keine offene, wir haben schon wiederholt uns für die Diätenbewilligung entschieden. Man wird einwerfen, das Reichstagsmandat soll ein Ehrenamt sein. Auf Ehrenämter aber gebe ich nichts, denn Ehrenämter sind meist ein Mäntelchen für den Egoismus der besitzenden Klassen. Wir, die wir auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt sind, haben nicht das Recht, zu sagen, wer kein Geld hat, soll draußen bleiben. Das stimmt ja auch gar nicht mit den Tendenzen der Regierung für den kleinen Mann. Der kleine Mann aber ist zu arm, um auf eigene Kosten herkommen zu können. Die praktischen Arbeiter haben nicht soviel Glücksgüter, um als Abgeordnete auf eigene Kosten in Berlin zu leben. Es wundert mich, daß die Regierung nun nicht die Mittel gewährt, damit der praktische kleine Mann hier mitarbeiten kann. Es fragt sich doch auch sehr, ob der Besitz des Geldsackes die nöthige Intelligenz zur Ausübung eines Mandats garantirt. Thatsache ist, daß zahlreiche tüchtige Kräfte durch die Diätenlosigkeit ferngehalten werden. Man sagt immer, die Diätenvertheilung würde noch mehr Sozialdemokraten herbeiführen. Das ist unrichtig. Hätten wir Diäten, es säße nicht ein Sozialdemokrat mehr im Hause. Und mit der wachsenden Zahl unserer Vertreter wächst die Zahl unserer Anhänger und unserer Geldmittel. Wir bedürfen also der Diäten nicht. Seien wir doch ehrlich. Entweder Sie sind mit dem allgemeinen Wahlrecht einverstanden, dann bedürfen Sie keines Korrektors, oder Sie wollen das allgemeine Wahlrecht nicht — dann erklären Sie es einfach. (Heiterkeit.) Wollen Sie die Opposition ganz herausdrängen? Die Opposition hat doch sehr viel gutes gethan im Reichstage. Denken Sie doch daran, daß die Opposition die ersten Unfallversicherungen abgelehnt hat; daß Sie also die nach Ihrer Meinung so gute jetzige Unfallversicherung besitzen, verdanken Sie der Opposition. Und wenn die Herren von der Rechten in den Einzellandtagen die Diäten skrupellos annehmen, warum hier der große Eifer dagegen? Das Defizit spielt dabei keine Rolle, es können ganz andere Ersparnisse erzielt werden. Ich bleibe dabei, jedem Arbeiter seinen Lohn! Gerade wenn Diäten gezahlt und den Wählern größere Auswahl eröffnet würde, könnten leicht die Berufsparlamentarier verdrängt werden. Man eifere doch aber nicht gegen Berufsparlamentarier — was soll man denn gegen die Berufspolitiker sagen außerhalb des Parlaments? (Heiterkeit.) Und ist die häufige Beschlußunfähigkeit nicht auch eine Folge der Diätenlosigkeit? Die Maßregel gegen die Freikarten will man begründen mit dem Hinweise auf den Mißbrauch, der damit geschehen sei. Ein solcher Mißbrauch ist aber nicht erfolgt — oder wenn man den Begriff „Mißbrauch" so streng faßt, dann ist es auch Mißbrauch, wenn wir im Lesezimmer auf Reichstagspapier an unsere Frau schreiben! (Heiterkeit.) Will man das Ansehen des Reichstags schwächen, so erklären wir dem eisernen Kanzler stählernen Widerstand.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat gemeint, es sei kein Mißbrauch geschehen. Wo kein Gebrauch vorgeschrieben, besteht auch kein Mißbrauch. Bei der Ertheilung der Freikarten ist man doch aber davon ausgegangen, daß man den Abgeordneten vertrauensvoll den Gebrauch überlasse zur Ausgleichung der großen Entfernungen. Wenn aber ein Abgeordneter innerhalb 8 Monaten 17,000 Kilom., ein anderer 14,000 Kilom. auf der Eisenbahn mit Hilfe dieser Freikarte zurückgelegt hat, so ist das doch ein Mißbrauch. Ich bin für diese Freikarten nur in dem Umfange, wie sie jetzt gewährt sind. Einem Mißbrauche gegenüber ist die Regierung zur Abhilfe verpflichtet. Das ist doch keine Verkürzung der budgetmäßigen Rechte, eine Verpflichtung der Regierung zur Debatte darüber liegt nicht vor. Mit dem konservativen Redner kann ich nicht einverstanden sein, daß das Defizit hier geltend gemacht werde: handelte es sich um eine wünschenswerthe Ausgabe, so wäre die Regierung trotz des Defizits dafür. Bei dem Diätenantrage hat es mich überrascht, daß unter den Antragstellern so viele Berliner sich befinden. (Heiterkeit.) Die Berliner haben es doch so bequem, sie kommen mit aller Bequemlichkeit von der Redaktion, aus der Fabrik, vom Kaffeehaus und lassen sich nach Belieben abrufen. Wenn die Regierung wirklich Diäten bewilligen soll, so ist erste Bedingung, daß die Berliner keine Diäten erhalten, (Heiterkeit) und auch keine Freikarten. Die unbeschränkte Freikarte erleichtert den Sozialdemokraten die Agitation gegen die Regierung im Lande. Es ist sehr leicht, gegen Regierung zu opponiren und zu tadeln. Aber fordern sie einmal die Sozialdemokraten auf, eine Verfassung zu machen, sie werden es nicht können. (Heiterkeit.) Sie können nur Theorien machen, aber nichts Praktisches. Die Sozialdemokraten haben noch immer etwas Prophetisches an sich, sie vertrösten immer noch auf die Zukunft, aber selbst wenn 36 sozialistische Vertreter hier sind, sie können nichts machen. Wenn die Herren mit positiven Vorschlägen kommen, werden sie viel zahmer (Heiterkeit) sie sind immer noch ein Menetekel für die besitzenden Klassen — das erkenne ich an. Gäbe es diese Opposition nicht, wir hätten noch immer keine Sozialreform (Beifall bei den Sozialdemokraten). Für den Berliner sind die Diäten eine reine baare Zugabe zu dem Gefühl seiner Würde. Für die Nichtberliner spielen weniger die Kosten des berliner Aufenthalts eine Rolle, als vielmehr die Störung ihrer gewohnten Thätigkeit, welche durch die Diäten nicht entschädigt werden kann. Daß privatim Diäten gezahlt werden, weiß ich; möchte doch die falsche Bescheidenheit weichen und der Diätenspender offen hervortreten (Heiterkeit), dann könnte man unterschen, ob ein Abhängigkeitsverhältniß dadurch wird (Unruhe links), damit man einmal der Frage juridisch näher treten könnte. Und dann erhalten denn die Geschwornen und ähnliche Ehrenämter Bezeichnende etwa Diäten? Vor zehn Jahren hat die Regierung ein Kompromiß in dieser Frage geschlossen. Heute wollen Sie eine Verfassungsänderung. Was würden Sie dazu sagen, wenn der Bundesrath alljährlich Anträge brächte, die Sie bereits abgelehnt? Würden Sie nicht unmuthig werden? Und nun kommen Sie alljährlich mit neuen Stürmen auf die Verfassung! Ein angesehener Politiker der jungfräulichen parlamentarischen Epoche zog stets den Hut, wenn man das Wort Verfassung aussprach. Ich stehe der Diätenfrage — abgesehen von den Berlinern — nicht feindlich gegenüber, nur kann ich deshalb nicht einer organischen Aenderung der Verfassung zustimmen. Von konservativer Seite legt man der Diätenlosigkeit größere Wichtigkeit bei, als ich zugestehen kann. Es ist bekannt, daß die Orleans durch eine diätenlose Kammer gestürzt wurden, die Bourbons und Napoleon aber durch eine gut bezirte Kammer. (Heiterkeit.) Das ist dort einmal Sitte. (Heiterkeit.) Für Deutschland ist aber die Zusammensetzung des Parlaments von der Diätenfrage unabhängig. Sie sagen, der preußische Landtag erhält Diäten. Ja, aber ohne Ihnen zu schmeicheln, muß ich sagen, eine größere Summe von Intelligenz als hier ist dort nicht vertreten. (Heiterkeit.) Aenderungen der Verfassung darf man aber nicht ohne Grund vornehmen. Ein solcher Grund, etwa Kandidatenmangel, liegt nicht vor. Es ist gefährlich, an der Verfassung zu rütteln, lassen Sie das andere thun, der Reichstag und Bundesrath aber soll es nicht! (Beifall rechts.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir, prinzipiell daran festhaltend, daß jede Einschränkung des freien Wahlrechts vermieden werden muß, für den Antrag Ausfeld stimmen werden. (Beifall links und im Centrum.)

Die erste Berathung wird geschlossen.

Bei der zweiten Lesung erhält das Wort:

Abg. Dr. Hänel: Der Herr Reichskanzler hat erklärt, wenn die Sozialdemokraten ihr Programm vor ihrer Wählerschaft entwickeln würden, dann würde ihre Macht schwinden. Habe ich ihn recht verstanden, so deutet das auf eine Aufhebung des Sozialisten-Gesetzes hin. Fürst Bismarck warnt uns, die Verfassung sei ein Noli me tangere! Hat der Bundesrath das auch bedacht, als er entgegen der Verfassung eine zweijährige Budgetberathung dem Reichstag vorschlug? Als die Regierung bei den ersten Berathungen die Diätenbewilligung ablehnte, erklärte der Herr Reichskanzler, wenn sich zeige, daß Diäten nöthig seien, könne man ja immer noch die Diäten einführen. Wenn der Reichskanzler den Antrag einem Antrag der Berliner genannt hat, so muß ich sagen, es ist sehr edelmüthig von den Berlinern, daß sie diesen Antrag unterzeichnen, denn die Einführung der Diäten würde sie eines großen Privilegiums berauben. Der Feldzug gegen die Berliner scheint mir also mißlungen. (Beifall links). Der Antrag ist nicht neu, er hat ein siebenmaliges zustimmendes Votum des Reichstages hinter sich. Die Diätenbewilligung ist eine Forderung des gemeinen Rechts: ein Ehrenamt ist ein solches, das nicht bezahlt wird, bei dem aber die baaren Auslagen ersetzt werden. Das ist auch der Sinn unseres Antrages. Die Diätenlosigkeit steht in Widerspruch mit allen konstitutionellen Institutionen der deutschen Einzelstaaten, ausgenommen Mecklenburg. Es handelt sich bei unserem Antrage nicht um ein erkünstelltes, sondern um ein natürliches Recht. Die Diätenlosigkeit steht in Widerspruch mit unseren sozialen Verhältnissen. In Preußen ist die Zahl der mit mehr als 3000 Mark Einkommen Eingeschätzten nicht groß; um ein Mandat auszuüben zu können, muß man mindestens ein Einkommen von 6000 M. haben. Eine ganz kleine Vermögensschicht besitzt ein solches Einkommen, gar kleim ist also die Zahl der zum Reichstag Wählbaren. Jetzt scheint man vorauszusetzen, daß die Charakterfestigkeit und Intelligenz im Zusammenhange steht mit dem Geldbeutel — nur so ist die Diätenlosigkeit verständlich. Wenn der Herr Reichskanzler Diäten bewilligt mit Ausschluß der Berliner, so sind wir zu dieser Konzession gern bereit. (Heiterkeit.) Ein Ausgleich der angewandten Mittel der Reichstagsabgeordneten ist ja gar nicht möglich. Der Herr Reichskanzler hat auch den Diätenfonds der Fortschrittspartei angegriffen. Dieser Fonds ist für uns ein unvollkommenes Auskunftsmittel, auf welches wir gern verzichten möchten. Unrichtig ist doch aber völlig, daß durch diesen Fonds eine Abhängigkeit der Abgeordneten bewirkt wird; richtig ist ja freilich, daß dieses Auskunftsmittel seine Mängel hat und wir wünschen dringend seine Beseitigung. Ist denn aber die Freikarte nicht auch ein Auskunftsmittel nach der Meinung des Reichskanzlers? Wenn aber durch ein bloßes Etatgesetz diese Einrichtung beseitigt werden kann, wie verträgt sich alsdann eine solche Maßregel mit der Treue der beiden legislativen Körperschaften? Beide Körperschaften sind gleichberechtigt; zu einer solchen Aenderung ist die Zustimmung des Bundesraths allein nicht genügend, es hätte dazu der Verhandlung mit dem Reichstage bedurft. (Beifall links.) Als im preußischen Abgeordnetenhause der Diätensatz von 9 auf 15 M. erhöht werden sollte, erklärte Minister zu Lippe, das sei eine interne Sache des Hauses, dessen Beschluß die Regierung sich fügen würde. Das war vornehm, das war die richtige Auffassung beider Körperschaften. Wir wollen von wechselnden Meinungen in dieser Beziehung nicht abhängig sein — will man uns keine Freikarte geben, gut, das ist uns lieber als eine Abhängigkeit vom Reichskanzler und Bundesrath. Wollten wir aber gegen die Freikartenmaßregel protestiren, ohne kleinlich zu werden, so konnten wir nur so beantragen, wie geschehen. (Beifall links.)

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner wird es doch nicht 7 Jahre lang als würdelos betrachtet haben, mit seiner Freikarte vom Bundesrathe abhängig zu sein; dieses Gefühl muß ihm doch wohl erst heute gekommen sein. Der Vorredner hat die Diätenlosigkeit als ein Novum bezeichnet, aber bei Handelskammermitgliedern 2c. trifft doch dasselbe zu. Der Hinweis auf die Vermögensverhältnisse besagt gar nichts. Den Ausdruck Berufsparlamentarier habe ich in Hinblick auf diejenigen gebraucht, die außerhalb des Parlaments die öffentliche Meinung in der Presse bearbeiten. Ist jemand Redacteur und Abgeordneter zugleich, so hat das für ihn viel Angenehmes, er kann seine Reden drucken (Heiterkeit), er weiß alle Neuigkeiten, alle Gerüchte der Couliers vor allen Kollegen voraus. Leute, die nicht Parlamentarier von Beruf sind, können nicht so lange sprechen, wie Berufsparlamentarier. (Heiterkeit.) Das Land hat aber ein Interesse an kurzen Sessionen; auch die starke Anwesenheit von Beamten, Juristen scheint mir nicht gut. Wenn sie nach den Reichstagssessionen wieder heimkehren und dieselben kahlen Wände und Vorgesetzte finden, auf die sie von der Reichstagstribüne herabsehen, so vertrimmt sie das. — Der Vorredner hat mit dem ihm eigenen Pathos auf die wachsende Majorität des Hauses für die Diäten hingewiesen. Aber wenn für eine Vorlage der Bundesrath sich einstimmig ausspricht, dann wirkt das gar nicht auf Sie. Sie lassen sich vom Bundesrathe nicht imponiren, ich nicht von der Reichstagsmajorität. (Unruhe links.) Ja, m. H., das können Sie nicht verlangen. Die einzelnen Parteien kämpfen um die Herrschaft. 157 streben nach der Herrschaft für Kaiser und Reich, 100 für die Freiheit der Kirche, das heißt für die Herrschaft der Kirche. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ja, was wollen Sie denn anderes? Die Freisinnigen, Sozialisten und Volksparteiler nenne ich au coeur de mon intérieur Republikaner; ob jemand einen erblichen oder Wahl-Präsidenten wünscht, ist mir ganz gleich. Wir haben also gegen uns eine geborene große Majorität. Wenn wir in den objektiven Zielen alle einig wären, dann wäre es ja schön, aber die Majoritäten schwanken eben nach dem Wechsel ihrer Ziele. Abg. Dr. Hänel hat einen Ausspruch von mir citirt, aber nicht alles verlesen, was ich damals gesagt habe. Ich war damals für weitgehende Kompetenzen des Reichstags und war der Meinung, daß in Zukunft dem Reichstage von den Regierungen, nicht aber vom Reichstage Gefahr drohen würde. Darin habe ich mich getäuscht. Ich hatte geglaubt, der Reichstag würde das nationale Band des Reiches sein — einen solchen Reichstag habe ich aber in den letzten zehn Jahren nicht vor mir gesehen, während meine Furcht, daß der Einheit Deutschlands von den Regierungen Deutschlands Gefahr drohe, unbegründet geblieben ist. Die Erklärung, die ich 1867 im Auftrage der Bundesregierungen gegeben, lief darauf hinaus, daß Diäten verfassungsmäßig nicht gegeben werden sollten. Der Bundesrath aber ist so frei wie der Reichstag.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich habe nicht gezweifelt, als der Herr Reichskanzler erschien, daß er einer gereizten Stimmung Ausdruck geben würde. Es ist dem Herrn Reichskanzler nicht mehr gegeben, mich zu reizen, man hat allmälig gelernt, solchen Beleidigungen gegenüber ruhig zu bleiben. Wenn dem Reichskanzler nicht die Reichstags-Majorität imponirt, seine Rede hat es mir gegenüber auch nicht gethan. Wenn der Reichskanzler gesagt hätte, es sind Parteien da, die mich nicht wollen, so hätte er recht gehabt — daß die unbedingt ihm Folge leisten sollende Mittelpartei nicht zu stande gekommen, das ist der Aerger des Herrn Reichskanzlers. (Beifall im Centrum und links.) Der Vorwurf der Reichsfeindlichkeit geht in der „Nordd. Allg. Ztg." immer weiter herum, alle Parteien haben den Vorwurf schon erhalten, auch die Nationalliberalen, aber wenn sie hübsch ruhig bleiben, haben sie nichts wieder zu fürchten. Mit der Zeit kommen wir dahin, daß der Herr Reichskanzler der einzige Reichsfreundliche ist. (Große Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler hat heute das dritte Dutzend der Sozialdemokratie herbeigewünscht. Es wird schon kommen, denn die Sozialdemokratie sieht ja jetzt unter der Reinkultur der Regierung (Heiterkeit). Ich verstehe nur nicht, warum die Regierung das Sozialistengesetz nicht aufhebt? Ist es denn nicht eine Unaufrichtigkeit? Fürst Bismarck sagt, wir erstreben die Herrschaft der Priester. Kämpfen wir für die Priester, wenn wir für das Unfallgesetz stimmen? Wenn wir verlangen, daß ein Antrag, den der Reichstag angenommen, ausgeführt werde? Die Beibehaltung des Expatriirungsgesetzes durch den Bundesrath ist für uns Alle ein Schlag ins Gesicht! (Lebhafter Beifall im Centrum.) Die Folgen dieses Schlages wird die Regierung bei den nächsten Wahlen sicherlich fühlen (Beifall). Wenn wir vor Verfassungsänderungen gewarnt werden, so erinnere ich daran, daß das Expatriirungsgesetz auch eine Verfassungsänderung ist. Wir sind durchaus keine geborene Opposition. Die Majorität gegen die Regierung ist künstlich auferzogen worden — die Thätigkeit des Herrn Reichskanzlers bei den Wahlen hat sie herbeigeführt. Er wollte Nationalliberale säen und hat Sozialdemokraten geerntet. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Langwerth v. Simmern (Welfe) tritt „aus seinem deutschen Bewußtsein heraus" für die Restauration Hannovers ein.

Abg. Rickert: Die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers laufen darauf hinaus, daß zahlreiche Millionen von Wählern, die uns hergesandt, keine Patrioten sind. Wir können uns vor aller

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18841128028/fragment/page=0001

Verehrung für den Reichskanzler derartige Vorwürfe nicht gefallen lassen. Wir sind Männer, und in dieser Beziehung stehen wir dem Reichskanzler gleich, wir protestiren gegen diesen Zweifel an unserem Patriotismus (Lebhafter Beifall links.) Wir üben unseren Patriotismus auf dem Wege, der uns der rechte scheint. Vor vier Jahren wurden meine Reden noch in der Provinzial-Korrespondenz abgedruckt, heute gelte ich nicht mehr als Patriot. Daß wir Republikaner sind, habe ich schon in der „N. A. Z." gelesen. Mag mir doch der Herr Reichskanzler ein Parlament nennen, das der Regierung mehr entgegenkommt als wir (Widerspruch rechts). Der Reichskanzler duldet keine selbstständigen Männer mehr (Widerspruch rechts). Wir sollen nach der eigenen Herrschaft streben? Nein, aber wir bekämpfen den Kanzler, weil wir ihn auf falschem Wege glauben. Wir wollen, daß Deutschland liberal, nicht diktatorisch regiert werde. Wir kämpfen für Ideen, nicht für Personen. Wenn der Kanzler freilich an die Verschwörung zu Gunsten des Ministers Stoych glaubt, dann verstehe ich seine Gegnerschaft; nirgends steht eine Partei so selbstlos da, als unsere Partei im Reichstage. Das Urtheil über den Wahlausgang, das der Reichskanzler gefällt hat, zeigt, daß der Reichstag ihm nicht gefällt. Ich fürchte, dieser Reichstag wird keines natürlichen Todes sterben. (Heiterkeit.) Wir verlangen ja nicht, daß der Reichstag ihm imponiren solle, aber noch 1874 hat er gelagt, daß ein konstitutioneller Minister sich mit der Reichstagsmajorität im Einklang befinden müsse. Und das sagt auch die Verfassung. Seine heutigen Worte haben uns verletzt und geschmerzt, denn sie zeigten einen Mangel an Rücksicht dem gleichberechtigten Reichstage gegenüber. Das war es, was uns so verletzt hat. Aber auch in der Sache selbst kann ich ihm nicht Recht geben. Wenn es möglich ist, daß der Reichskanzler uns einfach die Karten entzieht — (Fürst Bismarck ruft: der Bundesrath.) Nun ja, das ist ja gleich. (Heiterkeit.) Wenn also die Karten so ohne Weiteres uns entzogen werden können, so kann, wie ich bei der Etatsberathung zeigen werde, das ganze Etatsrecht illusorisch gemacht werden. Protestiren wollte ich nur gegen die hier geübte Kritik des Reichstages. (Beifall links.)

Fürst Bismarck: Da die Herren sich einer Kritik meiner Meinungen nicht enthalten, so hielt ich auch gegenüber den Parteien mit meinem Urtheil nicht zurück. Ich habe übrigens nicht „mehrere Millionen von Wählern sind unpatriotisch" gesagt, sondern nur gesagt, 157 Mitglieder sind für Kaiser und Reich. So weit die freisinnige Partei als selbstständig noch anzusehen ist — bei der Wahl existirte sie doch nur mit Hilfe anderer Parteien (Beifall rechts) — habe ich behauptet, sie strebe nach der Herrschaft. Sie wollen eine parlamentarische Regierung, sie wollen die Herrschaft im Reiche und ich mache den Abg. Hänel mein Kompliment, er ist ein vorzüglicher Redner. (Heiterkeit.) Abg. Rickert hat gemeint, eine Aeußerung von mir habe schon in der „N. A. Ztg." gestanden; ich lese die Zeitung täglich und mit Nutzen und habe daraus gelernt, daß die deutschfreisinnige Partei weder deutsch noch freisinnig ist. (Beifall rechts.) Eine parlamentarische Regierung ist keine monarchische mehr, das zeigt sich bei der englischen. Die monarchische Macht hört auf, wenn der Monarch durch den Reichstag gezwungen werden kann, Minister zu entlassen ꝛc. Das bedeutet doch aber Republik nach meiner Auffassung — ob diese Auffassung wissenschaftlich ist oder nicht, kümmert mich nicht. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung kann nach alledem die Majorität mir nicht imponiren. (Beifall rechts.) Der Vorwurf, daß ich keine selbstständigen Männer dulden kann, ist ganz unberechtigt, das zeigt, daß ich vielen früheren Gegnern schon die Hand gereicht habe. Ich habe mehr als 20 Jahre lang Widerspruch vertragen und führe die Regierung, ohne den wechselnden Wünschen der Majorität mich zu fügen. (Beifall rechts.) Mich aber den eigenen Wünschen unterordnen wollen, das nenne ich nach der Herrschaft streben. Wenn Abg. Rickert meint, er läßt sich von mir keine Vorschriften machen, so sage ich, ich lasse mir vom Abg. Rickert auch keine Vorschriften machen. Sein erregter Ton war also eher einem Verbrecher, als mir gegenüber angebracht. (Heiterkeit rechts.) Ich befinde mich gegenwärtig in der Minorität einer negativen Majorität gegenüber (sehr gut rechts), damit kann ich mir doch nicht imponiren lassen. Ich habe nicht nur die Verpflichtung, im Einklang mit dem Reichstag mich zu befinden, sondern auch mit dem Bundesrath. Der Bundesrath ist ein sehr wichtiger, nicht zu unterschätzender Körper. Wenn Sie ihm stets widerstreben, kommen wir nicht vorwärts. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Unser Antrag ist doch nur durch das plötzliche unmotivirte einseitige Vorgehen des Bundesraths hervorgerufen. Unser Antrag bedeutet keinen Angriff auf den Bundesrath, sondern die Wahrung unseres Rechtes. Der Herr Reichskanzler thut immer so, als ob er der konstitutionellste Minister wäre, wenn er eine große Majorität hätte. Er selbst hat 1882 der Fortschrittspartei und den Sezessionisten die Einigung vorgeschlagen und seit dieser Einigung bekämpft er uns schärfer denn je. Wir strebten nach der Herrschaft — ja, aber nach der Herrschaft unserer Grundsätze. Als unsere Wirthschaftsgrundsätze mit denen des Reichskanzlers übereinstimmten, haben wir ihn unterstützt, ohne Aemter und Stellung in der Regierung zu verlangen. Wenn der Herr Reichskanzler sagt, die Majorität des Hauses sei gegen Kaiser und Reich, so verwechselt er Kaiser und Reich mit seiner eigenen Person. L'état c'est moi — das war das Motiv seiner Rede. Wer nicht nach des Kanzlers Pfeife tanzt, gilt ihm als Feind von Kaiser und Reich. Was soll das Ausland denken, wenn er die Majorität des Reichstages reichsfeindlich nennt! Er meint, er läßt sich vom Europa nicht imponiren — schön, aber ist es recht, sich dem Reichstage gegenüberzustellen, wie feindlichen Ländern! (Lebhafter Beifall links.) Was sagt seine heutige Rede? Sie verlangt absolutistisches Regiment! Aus der heutigen Rede spricht nicht der große Kanzler, sondern der kleine Absolutist vom Jahre 1847. Diese Rede entsacht in Widerspruch mit der Thronrede den Zwiespalt! (Lebhafter Beifall.)

Bei Beginn dieser Rede verläßt Fürst Bismarck den Saal.

Die Diskussion wird geschlossen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf § 1 des Antrags:

„Der Artikel 32 der Verfassung des Deutschen Reiches wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt der § 2 des gegenwärtigen Gesetzes"

mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten die konservativen Parteien, sowie die große Mehrzahl der Nationalliberalen.

Ebenso wird § 2:

„Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht darauf ist unstatthaft"

und der Antrag überhaupt angenommen.

Abg. Kayser beantragt, den Antrag Grillenberger-Kayser (Amendement zum Krankenkassengesetz, Hinausschiebung des Giltigkeitstermines vom 1. Dezember 1884 auf den 1. April 1885) bereits morgen zu erledigen.

Abg. Rickert schließt sich diesem Wunsche an.

Minister von Boetticher: Es wird schwer sein, hier im Hause wie im Bundesrath die Majorität für diesen Antrag zu gewinnen. Es ist durchaus wünschenswerth, daß das Krankenkassengesetz möglichst bald in Wirksamkeit tritt. Das wäre aber unmöglich, wenn das Haus den Antrag Grillenberger-Kayser erst durch alle drei Berathungen führen wollte. — Redner wendet sich mit einigen sachlichen Ausführungen gegen die Annahme des Antrages, der nur zur Folge haben würde, daß die Segnungen des Gesetzes um volle sechs Monate hinausgeschoben würden. Es liege also kein Grund zu einer schleunigen Erledigung des voraussichtlich aussichtslosen Antrages vor.

Abg. Bebel: Der Herr Staatssekretär hat uns heute sehr überrascht. Zu Beginn der Sitzung lieferte er uns in freundlichster Weise gewissermaßen das Manuskript zu einem erweiterten Antrage und jetzt tritt er in der Geschäftsordnungsdebatte unserem erst morgen zu erörternden Antrage schon heute sachlich entgegen. Wollte ich dem heute schon sachlich widerlegen, so würde mir mit Recht das Wort entzogen werden. Ich spreche also nur die Bitte aus, unseren Antrag morgen zu erledigen.

Gegen die Stimmen der deutsch-freisinnigen Partei und der Sozialdemokraten lehnt das Haus es ab, den Antrag Kayser-Grillenberger morgen zu diskutiren.

Abg. Rickert schlägt vor, die Wahlprüfungskommission aus 28 Mitgliedern bestehen zu lassen, die in zwei nebeneinander tagenden Körpern berathen sollen.

Der vorgerückten Stunde wegen wird der Vorschlag nicht mehr diskutirt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

T.-O.: Etat, Anleihe für Marine- und Reichsheerzwecke.

Schluß 5¼ Uhr.

Halle, den 27. November.

Aus den Gerichts-Verhandlungen.

Strafkammer-Sitzung vom 24. Nov.. (Schluß.)

Gegen ein Erkenntniß des hiesigen Schöffengerichts, das den Gastwirth Wilh. Rob. M. von hier wegen Beleidigung zu 1 Woche Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt hatte, war vom Verklagten Berufung eingelegt. Behufs Ladung von Zeugen wurde die Verhandlung vertagt.

Wegen Urkundenfälschung in idealer Konkurrenz mit Betrug und außerdem wegen Unterschlagung war der Kfm. S. hier, aus Wieselbach bei Erfurt gebürtig, angeklagt und derselbe räumte auch im wesentlichen den Thatbestand ein. Für diese Vergehen wurde S. zu 1 Monat Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt.

Die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende unverehel. Bertha Bl. von hier wurde wegen Kuppelei zu 1 Woche Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt.

Von der Strafanstalt zu Lichtenburg herbeordert, wo er wegen Nothzucht eine dreijährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, erschien der Ziegeldecker Gottlob Weide aus Löbejün auf der Anklagebank unter der Beschuldigung vorsätzlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs, sowie außerdem wegen Hausfriedensbruchs. Infolge vorangegangenen Streites aus geringfügiger Ursache ist Angeklagter am 12. Sept. in die Wohnung des Bergmanns Springer in Löbejün eingedrungen und hat denselben mit einem Stiefel dermaßen auf den Kopf geschlagen, daß der Mißhandelte 2 klaffende Wunden an der linken Schläfe und verschiedene Risse im Gesicht davontrug. Die Verletzungen rühren von dem Stiefelhacken her und dieser wurde als gefährliches Werkzeug bezeichnet. Der mehrmaligen Aufforderung Springers zum Verlassen seines Zimmers hat Weide nicht sogleich Folge geleistet und es lag also auch der Thatbestand des Hausfriedensbruchs vor. Weide räumte zum größten Theil die Beschuldigungen ein, will aber keinen Stiefel in der Hand gehabt haben und auch von Sp. zuerst geschlagen worden sein. Da er schon Zuchthausstrafe abbüßt, wurde auf eine Zusatzstrafe von 1 Monat erkannt, wobei mildernde Umstände bewilligt wurden.

Die Gutsbes. Schmidt und Hermann Erbe in Witzschersdorf hatten gegen ein Erkenntniß des Schöffengerichts zu Merseburg vom 9. Okt. Berufung eingelegt, waren aber heute nicht erschienen, weshalb ihre Berufung verworfen wurde.

Der Dienstknecht Gottfried August Ludwig Müller aus Hettstedt, 24 Jahre alt, mehrfach vorbestraft, war vom Schöffengericht zu Hettstedt wegen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Sein Genosse, Weiße, der als Mittheiteiliger nur zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt war, hat sich mit dieser Strafe zufrieden gegeben. Er ist beschuldigt, am 25. Juni in der Nähe des Welfesholzes den ihm dort mit einigen Bekannten entgegenkommenden Schuhmachergesellen Wölser gepackt und so wuchtig zu Boden geworfen zu haben, daß der Angefallene momentan besinnungslos liegen geblieben ist und nicht weiß, was weiter mit ihm geschehen. Durch Weiße hat Wölser einige Hiebe mit einem Stocke erhalten und dem Mißhandelten ist außerdem bei der Affäre sein Jaquet im Rücken von oben bis unten zerrissen worden. Die Veranlassung zu der rohen Mißhandlung ist darin zu suchen, daß einige junge Mädchen auf einem Volksfeste am 22. Juni zu Burgörner sich zu Wölser und dessen Bekannten gehalten haben, nachdem sie vorher mit Müller und Genossen verkehrt hatten. Die heutige Beweisaufnahme gestaltete sich nicht zu des Angeklagten Gunsten und es wurde demnach seine Berufung verworfen. Außerdem hat er die neu erstandenen Kosten zu tragen.

Strafkammer-Sitzung vom 26. November.

Vom Schöffengericht zu Lauchstädt war der Amtsrath Zimmermann zu Benkendorf wegen Beleidigung des cand. theol. Derfs zu 25 M. Geldstrafe verurtheilt, wogegen der Verklagte Berufung eingelegt hatte. Die Angelegenheit drehte sich um anonyme Briefe, welche im April d. J. an Hrn. Zimmermann sowie an die Herren Pastor Bethge in Schlettau, Kantor Wolf in Delitz a. B. und an die Oekonomie-Inspektor Preller'schen Ehelente gelangten. Dieselben betrafen die Besetzung der Pfarrstelle zu Delitz a. B., deren Patron Hr. Zimmermann ist. Nachdem die Stelle seitens des cand. theol. Derfs provisorisch verwaltet worden war, wurde dieselbe Hrn. Pastor Bethge übertragen. Die Briefe waren für Hrn. Zimmermann wie Hrn. Pastor Bethge beleidigend. Muthmaßungen tauchten unter den Adressaten auf und richteten sich, obgleich nicht laut und öffentlich, gegen Derfs, als jemand, der wohl das nächste Interesse bei der Sache gehabt, indem ihm die bisher innegehabte Pfarre, auf deren definitive Zuwendung für sich er wohl gerechnet, entging. Das Gerücht, daß man in ihm den Schreiber der betr. Briefe vermuthe, drang auch zu Derfs und dieser bezichtigte nun Hrn. Amtsrath Z. als Urheber resp. Verbreiter desselben, weshalb er Privatklage gegen letzteren wegen Beleidigung beim Gericht zu Lauchstädt anbrachte. Die heutige Verhandlung über die Berufung vermochte nicht festzustellen, daß Z. in die in Rede stehende Behauptung aufgestellt oder verbreitet hatte, weshalb das erstinstanzliche Erkenntniß aufgehoben wurde und Freisprechung des Verklagten erfolgte. Die Kosten beider Instanzen hat D. zu tragen.

Durch das Schöffengericht zu Bitterfeld war der Oekonom Ochse in Brehna wegen Beleidigung seines Nachbarn des Korbmachermeisters Dieße zu 30 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängniß, sowie zur Erstattung der Auslagen des Klägers in dieser Sache verurtheilt, wogegen der Verurtheilte Berufung eingelegt hatte. Zur Begründung derselben ließ er durch seinen Vertheidiger, Hrn. R.-Anw. Wöllel, anführen, daß er am 1. Oktober als Einjährig-Freiwilliger bei den merseburger Husaren eingetreten und ihm das Erkenntniß erst am 2. Oktober zugestellt sei, wonach die Sache vors Militärgericht gehören würde. Hinsichtlich des Datums des Eintritts in die Armee wird Auskunft eingeholt und alsdann in der Sache weiter verhandelt werden.

Waaren- und Produktenberichte.

Kaffee.

* Hamburg, 26. Nov. (Telegr.) Fest. Umsatz 4000 Sack.

* New-York, 25. Nov. (Telegr.) (Fair Rio) 9,80.

* Amsterdam, 26. Nov. (Telegr.) Die heute durch die Niederländische Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffee-Auktion eröffnete für Nr. 1 zu 29½, à 30, Nr. 4 36½, à 37½, Nr. 6. 30½, à 30½, Nr. 9 30½, Nr. 12 29½, à 30, Nr. 15 46½, à 48, Nr. 17 28½, à 29½, Nr. 19 26½, Nr. 24 32½, à 33½ Cent.

Zucker.

* Paris, 26. Nov. (Telegr.) Rohzucker 88° träge, loco 34,00 à 34,25. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Nov. 41,00, pr. Dez. 41,25, pr. Jan.-April 42,00, pr. März-Juni 42,75.

* London, 26. Nov. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 14 nom. Rübenrohzucker 10½, träge.

* London, 26. Nov. (Telegr.) Rüben-Rohzucker 10½.

* New-York, 25. Nov. (Telegr.) Fair refining Muscovades 4,75.

Magdeburger Börse.

	25. Nov.		26. Nov.	
Granulated		— —		— —
Krystallzucker I.		24,75 M.		24,75 M.
Krystallzucker II.		24,00 M.		24,00 M.
Kornzucker 96 %	19,30—19,60 M.		19,30—19,60 M.	bezahlt
Kornzucker 95 %	18,60—18,80 M.		18,60—18,80 M.	
Kornzucker 94 %	— —		— —	
Korngr. Rend. 88 %	18,60—18,80 M.		18,60—18,80 M.	
Nachprod. 88-92 %	15,00—17,30 M.		15,00—17,30 M.	

Tendenz am 26. Nov.: Günstiger für prompte Exportzucker.

Brodraffinade		— —		— —
Brodmelis		27,50 M.		27,50 M.
Gem. Raffinade	25,00—26,50 M.		25,00—26,50 M.	
Gem. Melis I.		24,00 M.		24,00 M.

Tendenz am 26. Nov.: Ohne Veränderung.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Berliner Börse vom 26. November.

Deutsche und ausländische Fonds- u. Staatspapiere.

Deutsche Reichsanleihe	103,60 B
4½ % do. Anleihe	102,70 bz
4 % do.	103,30 B
3½ % Staats-Sch.-Sch.	99,50 bz
Preuß.-Anleihe 1855	144,50 bz
4½ % Bdch. Centrl. Pfdbr.	101,75 bz
4 % Sächs. Rentenbr.	101,50 G
5 % Goth. Präm.-Pfdbr.	89,10 bz
5½ % do. Gr.-K. B. 100 t.	85,00 bz
5½ % Frkf. Ctrd.-Pfdb. 100 t.	101,40 bz
4 % do. 100 t.	100,30 bz
Prß. Hyp. Akt.-B IV.	100,25 G
do. do. VII. u. IX.	102,00 bz
do. do. VIII.	99,00 bz
Russ. Boden-Kredit	92,50 bz
do. Centr.-Bd.-Pf.	83,40 bz
6 % Neu-York. Stadt-Anl.	— —
Oest. Papier-Rente	67,80 G
do. Silber-Rente	68,50 bz
4 % Oest. Gold-Rente	86,75 bz
5 % Ungar. Papier-Rente	74,90 B
4 % Ungar. Gold-Rente	79,00 bz
Italienische Rente	96,4 bz
5 % Rumänier	99,75 bz
5 % Russ.-Engl. 1872	95,50 bz
5 % Russ. Anl. v. 1877	— —
4 % do. v. 1880	79,10 bz
5 % do. Orient-Anl. II.	62,10 bz
Russ. Rente 1883	108,00 bz

In- und ausl. Eisenbahn-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aachen-Mastricht	57,60 bz
Altona-Kiel	242,00 B
Berlin-Dresden	18,00 bz
Berlin-Hamburger	434,75 G
Breßl.-Schw.-Freib.	116,00 G
Buschtiehrader Lit. B.	78,10 G
Galiz. (Karl-Ludw.)	112,75 bz
Gotthardbahn	97,90 bz
Halle-Soran-Guben	47,10 G
Kronpr. Rudolfbahn	75,50 bz
Mainz-Ludwigshafen	112,75 bz
Marienburg-Mlawka	79,90 bz
Mecklenburg	218,50 G
Nordb.-Erfurter abgest.	52,00 bz
Oberschl. Lit. A.C.D.E.	277,25 G
do. Lit. B.	203,00 G
Ostpreuß. Südbahn	99,70 bz
Posen-Creuzburg	31,25 bz
Rechte Oder-Ufer	— —
Rjaschk-Morzansk (gar.)	97,30 G
Russische Südwestbahn	62,50 bz
Thüringer	119,20 G
do. Berlin-Dresden	46,75 bz
Halle-Sor.-Guben	114,75 bz
Mgd.-Halberst. B. abg.	— —
Marienb.-Mlawka	114,40 bz
Oels-Gnesen	23,10 G
Ostpr. Südbahn	117,40 bz
Posen-Kreuzburg	— —
Rechte Od.-Ufer	— —
Saalbahn	101,25 bz B

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

3½ % Brg.-Märk. III. A.	95,90 G
3½ % do. III. B.	95,90 G
4½ % do. V.	105,20 bz B
4½ % do. VI.	105,00 G
4½ % do. VII.	102,90 G
4½ % do. VIII.	102,90 bz
5 % do. IX.	101,40 G
4½ % do. Ost-Soest II.	— —
4½ % do. Nordbahn	103,00 B
4½ % Berlin-Anhalt	103,20 bz
4½ % Berlin-Dresden gr.	— —
4½ % Berl.-Görlitz konv.	103,00 B
4½ % Berl.-Hamb. III. kv.	102,90 G
4½ % Brl.-Prbd.-Mgd. D.	— —
4 % Berlin-Stettin gar.	102,00 G
4½ % Braunschw. Eisenb.	103,00 G
4½ % Brsl.-Schw.-Frb. G.	102,90 B
4½ % do. H. I.	102,90 B
4 % Köln-Minden IV.	101,60 bz G
4½ % do. V.	103,00 G
4½ % do. VII.	103,00 B
4½ % Halle-Sor. v. St. g.	102,75 bz
4½ % Mgd.-Halberst. 1865	102,90 bz
4½ % do. Leipzig A.	104,75 B
4 % do. do. B.	102,00 G
3 % do. Wittenberge	86,50 G
4 % Mainz-Ludwg. g. kv.	— —
5 % do. 1878 I. II.	101,80 bz G
4 % do. konv.	— —

4 % Niedersch.-Märk. I.	101,00 bz G
3½ % Oberschl. E. gr.	96,25 G
4½ % do. 4½ % Lit. H. gr.	103,00 B
4 % do. Em. v. 73	102,00 B
4½ % do. do. v. 79	105,30 G
4½ % do. do. v. 80	— —
4½ % Rechte Oder-Ufer	— —
4½ % Thüringer VI.	102,90 G
5 % Ung.-Bodenb. II.	84,50 G
5 % do. III.	105,10 G
4½ % Glal. Karl-Ludw.	82,40 bz G
5 % Kaschau-Oderberg	83,40 bz G
5 % do. Gold	121,70 bz G
5 % Lemb.-Czernow IV.	83,75 G
3 % Oest. Frz. Stb. alte	390,20 G
3 % do. 1874	387,10 G
3 % do. Ergänzung.	383,00 bz B
4 % do. Goldprior.	97,00 bz G
5 % Oesterr. Nordwestb.	95,90 G
3 % Südöst. Bahn (Lmb.)	305,00 bz G
5 % do. Gold	102,60 G
5 % Ungarische Nordostb.	81,25 G
5 % do. Gold	106,40 G
5 % do. Ostbahn I. Em.	81,20 G
5 % do. do. II. Em.	95,25 bz G
5 % Charkow-Azow	98,75 bz
4½ % Zwanger.-Dombrw.	89,70 bz
5 % Koslow-Woronesch	106,60 G
5 % Kursk-Kiew	102,75 bz
5 % Moskau-Rjäsan	104,75 bz
5 % do. Smolensk	99,60 bz
5 % Rjäsan-Koslow	102,25 G
4 % Russ. Nikolai-Oblig.	84,40 bz
5 % Schuja-Ivanowo	93,70 B
5 % Warschau-Wien IV.	131,70 G
5 % do. V.	101,75 G
3 % Gr. Russ. Staats-Obl.	71,00 bz G
Transkaukasische Eib.-Obl.	62,75 bz G

Bank- und Industrie-Aktien.

Aachen Diskonto	110,00 bz G
Berliner Handels-Ges.	152,00 bz G
Darmstädter Bank	154,00 bz G
Diskonto-Kommandit	214,80 bz
Deutsche Bank	154,70 bz
do. Genossenschaftsbank	134,25 G
Dresdener Bank	125,10 bz G
Leipziger Kredit-Anstalt	179,30 G
Magdeb. Privatbank	112,75 B
Mitteldeutsche Kred.-Bank	91,90 bz G
Oester. Kredit-Anstalt	503,50 bz
Reichsbank	145,75 bz G
Sächsische Bank	121,10 bz G
Schles. Bank-Verein	100,50 G
Weimarische Bank	80,10 bz G
Admiralsgartenbad-Akt.	46,50 G
Crölwitzer Papierfabrik	216,75 bz G
Dessauer Gas	198,50 G
Hallesche Maschinen	265,00 bz G
Laurahütte	107,00 B
Phönix-Bergwerk Lit. A.	84,00 bz G
„ „ B.	— —
Dortmunder Union	— —
Bochumer Gußstahl	132,00 bz G
Hörd. Hütt.-V. konv.	58,75 G
Glauziger Zucker	58,00 bz G
Kirchworörer Zucker	98,75 B
Schl.-Sächs. Br.-B. St.-A.	207,00 bz G
do. St.-Prior.	207,00 G
Sächs. Masch. (Hartmann	133,80 bz G
do. Stickmaschinen	124,75 bz G
Zeitzer Maschinen	170,75 B

Wechsel.

Amsterdam 100 fl. 8 T.	— —
Brüss.-Antw. 100 fr. 8 T.	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	— —
Paris 100 fr. 8 T.	— —
Wien öst. Wä. 100 fl. 8 T.	166,75 bz
Petersb. 100 S.-R. 3 W.	209,40 bz

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 4, Lombard 5.
Amsterd. 3. Brüssel 3. London 5.
Paris 3. Petersburg 6. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Souverains	20,37 bz G
Engl. Banknoten	20,455 bz
20-Frants-Stücke	— —
Dollars	4,185 G
Imperials	— —
Franz. Banknoten	80,85 B
Oesterr. do.	166,35 bz
Russ. do.	210,40 bz

Leipziger Börse vom 26. November.

St.	Kgl. Sächs.	M.	
3	Renten-Anl.	1000	84,00 G
3	do.	1000	84,00 G
3	do.	500	84,50 bz
3	do.	500	84,50 bz
		Thlr.	
3	Staatsanl. 1855	100	94,40 G
4	do. 1847	500	101,20 G
4	do. 1870	100	101,90 G
4	do. 1870	50	101,50 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.		
10½	Altenburg-Zeitz		213,00 B
14½	Aussig-Teplitz		260,25 G
7½	Böhm. Westb.	150/g	124,50 G
9.52	Buschtiehrad. Stb.		141,00 bz G
3½	do.	„ B.	76,25 bz
9	Dux-Bodenbach		147,00 G
5	Franz-Jos.-B.	150/gd.	86,00 G

	Eisenb.-St.-V.-Akt.		
9½	Altenburg-Zeitz		191,00 G
9	Dux-Bodenb. Lit. A.		144,00 G
9	do.	„ B.	144,00 G
5	Halle-Soran-Guben		114,75 B
	Bank- u. Crd.-Akt.		
10	Allg. D. Cr.-A.	150/g.	179,70 bz G
9	Dresdener Bank		128,10 bz G
7	Leipziger Bank		135,00 G
5½	do. Kassen-Scrip		106,00 G
6	do. Disk.-Gesellsch.		110,50 bz
5½	Sächs. Bank		121,00 G
5	Weimar. Bank, neue		80,00 G
6	Zwickauer		83,00 B

	Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.	
12	Crölw. Papierfabr.	217,00 G
—	5½/g. do. Schuldverschr.	102,00 B
7½	Dörtewitz-Nattm.	122,00 bz G

Div.		
14	Lpz. Malzf. Schkeud.	207,50 B
8	Thür. Gasges. l. Lpz.	139,00 G
8	do. Staum.-Gr.	143,00 G
7	Zeitz-Eilf.-Gel. Akt.	127,25 G
12	Zuckerraffinerie Halle	116,00 bz B
15	S.-Thür. Br.-B. St.	206,50 B
15	do. St.-Prior.	206,50 B
8	Ber. Schl.-Sächs. Portl. u. Solaröl St.-A.	124,50 bz G
—	Zeitzer Par. u. S.-B.	142,00 G

%	Ausl. Eis.-V.-Obl.	
4½	Aussig-Teplitzer	103,25 B
5	Böhm. Nordbahn	89,75 G
4	do. do. Gold	93,25 G
5	Buschtiehr. (B. Rdw.)	85,50 bz G
5	do. Em. 1871	85,50 bz G
5	do. v. 1872	85,50 bz G
4½	do. Gold	103,15 B
5	Dux-Bodenbach	86,00 G
5	do. Em. 1871	84,80 B
4	do. v. 1874	105,25 G
4½	Graz-Köflacher	79,00 G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	83,50 B
5	Kaschau-Oderberg	83,50 B
4	Prag-Dux Gold	92,20 G
5	do. Gold	104,75 B
5	Prag-Kurnau	89,75 G

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18841128028/fragment/page=0002